



Erfolgreiche Blockade: 20.000 Menschen haben im Februar einen Nazi-Aufmarsch in Dresden verhindert.

Foto: Jakob Huber

## Wer etwas verändern will, geht auf die Straße

Immer mehr BürgerInnen mischen sich ein – wie Protest die Politik zum Handeln bewegt



Jörg Rohwedder

Geschäftsführer der  
Bewegungsstiftung

Die politischen Farbkonstellationen sind entzaubert: Schwarz-rot, rot-rot, rot-grün, schwarz-gelb, selbst schwarz-grün – erprobt und von den Wählerinnen und Wählern verworfen. Rot-rot-grün, schwarz-gelb-grün oder auch rot-gelb-grün – all das verheißt keine Verbesserung. Das abnehmende Vertrauen in die jeweils gewählte Regierung, geht mit einem steigenden Bewusstsein in die eigene Kraft einher. Wer etwas verändern will, geht auf die Straße und bleibt im Zweifel auch dort, selbst wenn Innenminister und

Polizeipräsidenten anderes anordnen. Ziviler Ungehorsam und direkte gewaltfreie Aktionen haben an Zahl und Umfang zugenommen: Parkschützer in Stuttgart, Sitzblockaden gegen Atom Müll und Neonazis, unterhöhlte Gleise und Anketaktionen im Wendland. Wir dürfen mit Spannung erwarten, wann das erste Mal auch die Hauptversammlungen der DAX-Unternehmen blockiert werden. Denn die Gewinne, die hier verkündet werden, sind häufig auf Kosten von ArbeitnehmerInnen, Umwelt und Menschenrechten erwirtschaftet. Unsere Erfahrungen zeigen, dass wir – die VerbraucherInnen und Regierten – Druck auf die EntscheiderInnen ausüben müssen, damit nicht über unsere Köpfe hinweg entschieden wird.

Als Stiftung sind wir dicht an den von uns geförderten Projekten dran – mit Rat und Zuschüssen konnten wir in den vergangenen Monaten helfen, Themen in der

Öffentlichkeit zu platzieren: Geheimverträge über die Wasserwerke in Berlin, Abschiebung von Roma in den Kosovo, Rekrutierungen der Bundeswehr, die bald Berufsmarine ist, in Schulen und das Gekungel der Regierung mit den Stromkonzernen über AKW-Laufzeitverlängerungen blieben nicht verborgen. Die Bewegungen konnten Transparenz erzwingen und damit den Boden für Veränderungen bereiten.

In den vergangenen Jahren haben wir über 80 Kampagnen mit insgesamt 750.000 Euro gefördert. In vielen Fachseminaren haben wir von den Erfahrungen und Herangehensweisen dieser Kampagnen lernen können. Die Treffen und Seminare der Stiftung haben sich dabei als ein Ort erwiesen, an dem sich Aktive aus verschiedenen Bewegungen begegnen und Erfahrungen austauschen. 2011 werden wir Bewegungsaktive zu einer Arbeitstagung nach Frankfurt einladen. Unter dem Titel »Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen« werden wir über die erfolgreichsten Methoden von Protest und Aktion diskutieren. Mit der Tagung bieten wir einen Ort der Debatte, des Austauschs und der Vernetzung über den Kreis der von uns geförderten Projekte hinaus an.

Spenden und Zinserträge statten uns auch für die kommenden Jahre gut aus: Mit mindestens 250.000 Euro werden wir 2011 Protestbewegungen unterstützen können. Helfen Sie uns dabei, Protestbewegungen stark zu machen. Ihre Zustiftungen und Spenden ermöglichen unsere Unabhängigkeit – damit unbequeme Wahrheiten auch zukünftig gehört werden.

### Termine

#### Antragsschluss

**5. April** der Bewegungsstiftung und der Stiftung bridge

#### Tagung

**17.-19. Juni** in Frankfurt am Main  
»Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen«

# Die Bewegungsstiftung – drei Säulen der Unabhängigkeit

Von Anfang an war es den InitiatorInnen der Bewegungsstiftung wichtig, so unabhängig wie möglich zu handeln und auch unbequeme Positionen und Meinungen fördern zu können. Das begann bei der Entscheidung für die Rechtsform der Stiftung und hat heute vor allem drei Säulen:

## Ein wachsendes Stiftungsvermögen

Unser Stiftungsvermögen, ethisch-nachhaltig und sicher angelegt, versorgt die Stiftung mit ausreichend Erträgen, um die Kernaufgaben zu finanzieren. Im vergangenen Jahr ist das Stiftungsvermögen von Bewegungsstiftung und Stiftung bridge um 251.000 Euro angewachsen und beträgt nun zusammen 4,7 Millionen Euro. Die Renditen über drei Prozent sorgen für 150.000 Euro Zinserträge jedes Jahr. Wächst das Vermögen weiter so kontinuierlich, werden mögliche Entwertungen aus Inflation kompensiert. Unabhängig von jeder anderen Geldquelle könnte die Stiftung dauerhaft ihren Zweck erfüllen – das angelegte Stiftungsvermögen dient dabei in Wohnprojekten, Biobaubetrieben und Anlagen regenerativer Energieerzeugung dem Aufbau alternativer, zukunftsträchtiger Strukturen.

Trotz ethisch-nachhaltiger Geldanlage ist auch unser Vermögen von den unberechenbaren Schwankungen an den Finanzmärkten beeinflusst. Gegen dieses Risiko können wir uns nur durch Spenden absichern.

## Spenden für Verwaltung, Fundraising und den Fördertopf

Schon zum Start der Stiftung haben wir um Spenden für Verwaltung, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit gebeten. Es war absehbar, dass das Stiftungsvermögen nicht so rasch wachsen würde, dass allein aus den Erträgen Protestbewegungen in nennenswertem Umfang gefördert werden können. Auch das vergleichsweise schnelle Wachstum der Stiftung brauchte hohe Anfangsinvestitionen. Inzwischen planen wir mit relativ konstanten Kosten, für die wir jährlich 145.000 Euro Spenden einwerben.

Eine wachsende Förderung führt nicht zu einer gleich stark wachsenden Verwaltung. Jede Spende in den Fördertopf verbessert das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Ausschüttungen für die Förderung. In den vergangenen Jahren ist die Summe der Spenden

für den Fördertopf von zunächst 20.000 auf nun über 150.000 Euro gestiegen. Selbst wenn wir einige Jahre keine Zinserträge erwirtschaften sollten, könnten wir dank der Spenden doch weiter fördern.

## Unabhängigkeit von staatlichen Geldern

Für viele gemeinnützige Organisationen gerade in unserer Größe ist es verlockend, das eigene Kosten-Ertragsverhältnis durch staat-

liche Zuschüsse zu verbessern. Unterschätzt wird dabei oft, wie viel Aufwand es bedeutet, diese Zuschüsse zu erhalten und sie abzurechnen. Einher geht damit auch eine auf die staatlichen Förderbedingungen ausgerichtete eigene Politik. Die Extremismusklausel der Familienministerin Kristina Schröder zeigt, welches Ausmaß staatlicher Einfluss annehmen kann. Empfänger von Bundeszuschüssen sollen selbst nachforschen und überprüfen, ob Kooperationspartner auf der Grundlage der

## Bilanz (Bewegungsstiftung, Stiftung bridge)

	2010		2009	
	in 1.000 €	in %	in 1.000 €	in %
<b>Aktiva (kumuliert)</b>				
Sachanlagen	3	0,1	5	0,1
festverzinsliche Anlagen	2.655	50,0	2.094	42,2
Kredite an Projekte	463	8,7	558	11,2
Beteiligungen	759	14,3	835	16,8
Aktiefonds	580	10,9	608	12,3
Forderungen	91	1,7	106	2,1
liquide Mittel	755	14,2	755	15,2
<b>Summe</b>	<b>5.306</b>	<b>100,0</b>	<b>4.961</b>	<b>100,0</b>

	2010		2009	
	in 1.000 €	in %	in 1.000 €	in %
<b>Passiva (kumuliert)</b>				
Stiftungskapital	4.706	88,7	4.443	89,6
freie Rücklage	130	2,5	107	2,2
Gewinnvortrag	126	2,4	68	1,4
Rückstellungen Förderung	187	3,5	177	3,4
Verbindlichkeiten	70	1,3	91	1,8
Rechnungsabgrenzung	15	0,3		
Jahresüberschuss	72	1,4	81	1,6
<b>Summe</b>	<b>5.306</b>	<b>100,0</b>	<b>4.961</b>	<b>100,0</b>

freiheitlich-demokratischen Grundordnung agieren. Verfassungsschutzberichte sollen dafür die Grundlage sein. Dieser Aufforderung zur Spitzelei müssen wir uns dank Spenden und Zustiftungen nicht unterwerfen.

Im vergangenen Jahr sind neun StifterInnen neu zur Stiftung hinzugekommen, so dass inzwischen 119 Personen zugestiftet haben. Die Altersspanne reicht von Anfang zwanzig bis

Mitte achtzig, das Geschlechterverhältnis ist fast ausgeglichen. Der Frauenanteil beträgt 45 Prozent. Die Ausgaben für die Förderung waren im Jahr 2010 im Hinblick auf die Spendeneinnahmen und die Jahresüberschüsse der vergangenen Jahre relativ niedrig. Das liegt vor allem daran, dass eine geplante Förderentscheidung über 90.000 Euro erst in diesen Tagen getroffen wurde. Auch zukünftig werden wir Zuschüsse und

Beratung zur Verfügung stellen, damit soziale Bewegungen frei und unabhängig arbeiten können.

Helfen Sie uns dabei! Mit einer Zustiftung sichern Sie die Arbeit von Protestbewegungen langfristig ab. Mit einer Spende in unseren Fördertopf können Sie unsere Förderprojekte direkt und ohne Abzüge unterstützen. Sprechen Sie uns an – wir beraten Sie gern!

## Einnahmen (Bewegungsstiftung, Stiftung bridge)

		2010 (In 1.000 €)	2009 (In 1.000 €)
	Zustiftungen	251	455
	Spenden Aufbau	141	105
	Spenden Förderung	131	145
	Spenden BewegungsarbeiterInnen	75	38
	Spendenweiterleitung	132	227
	Vermögenserträge	190	137
	sonstige	21	66
	<b>Summe</b>	<b>941</b>	<b>1.173</b>

## Ausgaben (Bewegungsstiftung, Stiftung bridge)

		2010 (In 1.000 €)	2009 (In 1.000 €)
	Zuführung zum Vermögen	273	476
	Personal allgemein	118	109
	Büro	31	33
	Öffentlichkeitsarbeit	26	24
	Gremien	9	11
	Vermögensverwaltung	31	6
	Projektbegleitung	55	65
	Förderung Projekte	115	94
	Förderung BewegungsarbeiterInnen	72	34
	Spendenweiterleitung	132	223
	sonstige	17	17
	<b>Summe</b>	<b>866</b>	<b>1.092</b>
	Jahresüberschuss	75	81

# Unsere Förderung 2010 – Zahlen und Entwicklungen



Das Gen-ethische Netzwerk hat eine Kampagne gegen die massenhafte Speicherung von DNA gestartet. Foto: Gen-ethisches Netzwerk



Die Kampagne »Schule ohne Bundeswehr« fordert, Jugendoffizieren jeglichen Zutritt zu Schulen zu verbieten. Foto: Schule ohne Bundeswehr

Im letzten Jahr hat die Bewegungsstiftung fünf Kampagnen mit insgesamt 44.300 Euro gefördert. Sie engagieren sich für das Bleiberecht von Flüchtlingen, gegen Kohlekraftwerke und für eine Energiewende, für freizunehmendes bäuerliches Saatgut und die Sortenvielfalt, sowie gegen die Versuche der Bundeswehr zu rekrutieren.

## Stiftung bridge

Die Stiftung bridge hat 2010 eine Kampagne des Gen-ethischen Netzwerks gegen die massenhafte Speicherung von DNA-Profilen mit 9.800 Euro unterstützt. Für den Verein Foe-Bud, der im Bereich Datenschutz arbeitet, wurde die zweite Basisförderung über 36.000 Euro vereinbart.

Auch von der Bewegungsstiftung wurden im Jahr 2010 Basisförderungen vergeben: 45.000 Euro an die Kampagne für saubere Kleidung und 60.000 Euro an das Projekt Gemeingut in BürgerInnenhand. Mitte Februar dieses Jahres wurde auch die Basisförderung von LobbyControl verlängert – für die nächsten drei Jahre erhält der lobbykritische Verein 90.000 Euro.

## Erfolge unserer Förderprojekte

Im vergangenen Jahr konnten unsere Förderprojekte viele kleine und größere Erfolge feiern. Unser Basisförderprojekt »Kampagne für saubere Kleidung« zum Beispiel hat gezeigt, dass Druck auf Unternehmen wirksam sein

kann: Durch das Einreichen einer Klage gegen Lidl sah sich der Konzern gezwungen, eine irreführende Werbung zurück zu ziehen. Darin wurde fälschlicherweise behauptet, Lidl engagiere sich für faire Löhne und die Einhaltung von Arbeitsrechten.

Die Kampagne »Alle Bleiben! Bleiberecht für Roma in Deutschland« hatte im Frühsommer 2010 einen Eilantrag an die Stiftung gestellt. Hintergrund war das Abkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo über die Rücknahme von Flüchtlingen. Tausende sind von Abschiebungen bedroht. Die Kampagne konnte in zwei Fällen die Abschiebung von Roma-Familien verhindern und hat mit Protesten bei der Innenministerkonferenz auf das eigene Anliegen aufmerksam machen können.

## Anti-Atom-Proteste

Unsere Förderprojekte .ausgestrahlt und Campact haben wesentlichen Anteil an den massenhaften Anti-Atom-Protesten 2010 – allein für die Menschenkette zwischen den beiden Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel im April 2010 konnten 120.000 Menschen mobilisiert werden.

Und auch für 2011 gibt es schon einen Erfolg zu verbuchen: Unser neues Basisförderprojekt »Gemeingut in BürgerInnenhand« hat maßgeblich dazu beigetragen, dass im Februar der Volksentscheid in Berlin so erfolgreich verlief – nun müssen die Geheimverträge der Berliner Wasserwerke offen gelegt werden.

## Personelle Veränderung in der Förderung

Unser langjähriger Projektbegleiter Jochen Stay hat im Herbst 2010 seine Arbeit in der Stiftung leider beendet, um sich ganz seinem Engagement in der Anti-Atom-Bewegung zu widmen. Seit Januar 2011 verstärkt Jens Meier als neuer Projektbegleiter das Team. Wir heißen ihn herzlich willkommen!

## Das Team der Bewegungsstiftung



(von links) Jens Meier (Projektbegleitung und -beratung), Wiebke Johanning (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Annett Gnass (Projektbegleitung und -beratung), Kirsten Paul (Vermögensverwaltung), Carin Vogt (Buchhaltung und Ver-anstaltungen), Jörg Rohwedder (Geschäftsführung)

# Engagement für eine Welt ohne Grenzen

Bewegungsarbeiter Bruno Watara vorgestellt



Bruno Watara bei einer Kundgebung während der »Bamako-Dakar Karawane« in Westafrika. Die Protestreise fand anlässlich des Weltsozialforums in Dakar im Februar statt. Foto: Privat

»Das Leben im Flüchtlingslager ist wie im Gefängnis!« Bruno Watara weiß, wovon er spricht: Vor 14 Jahren flüchtete er aus politischen Gründen aus seinem Heimatland Togo nach Deutschland und lebte selbst jahrelang im Lager.

Er wurde in einem Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht – in einer alten heruntergekommenen Kaserne, weit abgelegen von jeder Ortschaft. Zusammen mit anderen Flüchtlingen protestierte Bruno gegen die menschenunwürdigen Zustände. Sie erreichten, dass einige der alten Lager durch neue Unterkünfte ersetzt wurden.

Seit fünf Jahren ist Brunos eigener Aufenthaltsstatus nun gesichert – doch das lange Leben im Lager und die jahrelange Bedrohung durch Abschiebung haben ihn geprägt. »Ich kann die Leute, die noch in den Lagern sind, nicht einfach vergessen. Ich habe das schließlich selbst erlebt und weiß, was die Isolation anrichtet«, erklärt Bruno. Daher kämpft Bruno weiterhin für die Rechte der Flüchtlinge. Er weiß, dass die Angst vor Abschiebung sie tagtäglich begleitet. Viele wissen nicht, welche Befugnisse die Leiter der Flüchtlingslager

haben und lassen sich einschüchtern. Deshalb besucht Bruno die Flüchtlinge in den Lagern, erzählt ihnen von seinen eigenen Erfahrungen und hilft ihnen dabei, sich selbst zu organisieren. Neben der lokalen Arbeit im Bündnis gegen Lager engagiert sich Bruno auch an einer bundesweiten Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht, der Lagerisolation und rassistischer Sondergesetze. Zudem protestiert die Kampagne gegen die niedrigen Versorgungssätze, von denen Flüchtlinge in Deutschland leben müssen. Für den 22. März 2011 ist dazu ein bundesweiter Aktionstag geplant.

Brunos politische Arbeit ist jedoch nicht nur auf Deutschland beschränkt: Im Jahr 2010 nahm er in Griechenland, an den »No-Border-Camps« auf den Inseln Samos und Lesbos teil, um gemeinsam mit lokalen AktivistInnen gegen die Abschottungspolitik der EU zu protestieren. Im Februar flog Bruno nach Afrika zur

»Bamako-Dakar-Karawane«, die er im Vorfeld mit organisiert hat. Anlässlich des Weltsozialforums in Dakar reiste er gemeinsam mit anderen FlüchtlingsaktivistInnen durch Westafrika, um an einzelnen Stationen für globale Bewegungsfreiheit zu protestieren. Auf dieser Reise führte er viele Gespräche mit abgeschobenen Flüchtlingen und klärte sie über die Gefahren der illegalen Einwanderung auf.

Für sein politisches und soziales Engagement bekommt Bruno kein Geld. Daher ist er auf finanzielle Hilfe angewiesen. Seit 2010 ist er Bewegungsarbeiter und nun auf der Suche nach weiteren PatInnen, die sein Engagement unterstützen. Besonders gut gefällt Bruno an seiner Arbeit der enge Kontakt mit den Menschen: »Ich freue mich, die Menschen zur Ausländerbehörde zu begleiten oder zum Sozialamt«, sagt er lächelnd. »Besonders schön ist es aber, wenn ich höre, dass ein Flüchtling die Aufenthaltsgenehmigung bekommen hat.«

## Drei neue Bewegungsarbeiter

Neben **Bruno Watara** sind 2010 auch der Menschenrechtsaktivist **Emanuel Matondo** (r.) und **Jan Becker** (l.), der sich gegen Atomkraft engagiert, als Bewegungsarbeiter aufgenommen worden.

Insgesamt hat die Stiftung im vergangenen Jahr 72.000 Euro an Patenschaftsgeldern an die derzeit neun BewegungsarbeiterInnen weitergeleitet. Alle AktivistInnen werden unter **www.bewegungsarbeiter.de** vorgestellt. Dort können Sie online eine Patenschaft übernehmen.



# »Privaten Investoren geht es um Profite, nicht um das Gemeinwohl«

Interview mit dem Förderprojekt »Gemeingut in BürgerInnenhand« über die Gefahren der Privatisierung und den Wasser-Volksentscheid in Berlin



Laura Valentukeviciute und Dirk Kramm mit dem Banner, mit dem »Gemeingut in BürgerInnenhand« für eine Offenlegung der Berliner Wasserverträge geworben hat. Foto: Wiebke Johanning

## Ihr engagiert Euch gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

### Was ist daran so schlimm?

**Dirk Kramm:** »Wenn Investoren die öffentliche Daseinsvorsorge übernehmen, ändert sich die Zielrichtung. Den Privaten geht es um Profite und nicht um das Gemeinwohl. Sie überlegen, wie sich auch bei öffentlichen Gütern wie Wasser, Energieversorgung und Mobilität Gewinne maximieren lassen. Die Folge ist, dass die Preise steigen und die Qualität sinkt. Das zeigt das Beispiel der Berliner Wasserbetriebe. Nachdem sich Veolia und RWE dort als Investoren eingekauft haben, ist der Wasserpreis um 35 Prozent gestiegen.«

### Mit Eurer Kampagne »Wollt ihr wissen« habt Ihr zusammen mit dem Berliner

## Wassertisch intensiv für den Volksentscheid zur Offenlegung der Wasserverträge in Berlin geworben – und gewonnen. Über 600.000 BerlinerInnen haben für eine Offenlegung gestimmt. Wie geht es nun weiter?

**Laura Valentukeviciute:** »Der Senat muss dieses Gesetz nun umsetzen und alle Verträge, Beschlüsse und Nebenabsprachen offenlegen. Insgesamt sind das rund 180 Aktenordner. Bisher ist nur ein Ordner öffentlich bekannt. Die Sichtung wollen wir nicht den Parteien überlassen. Mit einer Gruppe, die wir »Klärwerk« nennen, wollen wir selbst auf Spurensuche gehen.«

### Was hofft Ihr zu finden?

**Dirk:** »Wir wollen nachweisen, dass die Was-

serveträge sittenwidrig sind, so dass sie sich gerichtlich anfechten lassen. Dann würden die Wasserbetriebe nur gegen Zahlung des Kaufpreises zurück in kommunale Hand kommen, ohne dass die BürgerInnen den Privaten noch Milliarden Euro Entschädigung für die vertraglich zugesicherten Gewinne zahlen müssten.«

## Ihr engagiert Euch nicht nur in Berlin, sondern bundesweit. Wie sieht Eure Arbeit konkret aus?

**Dirk:** »Wir vernetzen und beraten Gruppen in ganz Deutschland, die sich gegen Privatisierung engagieren. Wir geben Informationen weiter, unterstützen die Aktiven vor Ort und beraten auch KommunalpolitikerInnen, die über Privatisierungen entscheiden sollen. Viele kennen sich in der Materie gar nicht aus. Wenn die PolitikerInnen von uns erfahren, welche Folgekosten entstehen, wenn sie ihr Hallenbad von einem privaten Investor betreiben lassen, entscheiden sich die meisten dagegen.«

## Seit 2010 werdet ihr als Basisförderprojekt mit 60.000 Euro von der Bewegungsstiftung unterstützt. Was hat sich dadurch für Euch geändert?

**Laura:** »Ohne diese Förderung für die nächsten drei Jahre hätten wir nicht so intensiv in die Wasserkampagne einsteigen können. Statt mit Videoclips und Aktionen für den Volksentscheid zu werben, hätten wir erst einmal Spenden sammeln müssen. Stattdessen arbeiten wir nun mit drei Personen, die sich eine Stelle teilen, zum Thema Privatisierung. Wir haben viel mehr Kapazitäten und können mit dem Wasser-Volksentscheid einen Erfolg vorweisen, mit dem wir weitere SpenderInnen gewinnen wollen.«



## Neu im Stiftungsrat:

## Hermann Daß

Auf der Strategiewerkstatt im Februar wurde Hermann Daß als Vertreter der StifterInnen in den Stiftungsrat gewählt. Die Wahl wurde notwendig, weil Ute Gerber nach einer Babypause nicht in ihr Amt zurückgekehrt ist. Ihre Vertretung für ein Jahr hatte Marguerite Keck übernommen. Wir danken Ute und Marguerite herzlich für ihre Mitarbeit. Hermann Daß ist seit 2002 Stifter und seit 2004 Mitglied im Anlageausschuss. Er lebt mit seiner Familie in der Nähe von Kassel, wo er als Facharzt für Allgemeinmedizin in einer Gemeinschaftspraxis arbeitet. Als junger Arzt war er drei Jahre als Entwicklungshelfer in Westafrika und engagiert sich seitdem für fairen Handel und eine gerechte globale Entwicklung. *Wir gratulieren zur Wahl und wünschen viel Erfolg bei der neuen Aufgabe.*